

EU-Finanzminister bei Bankenunion im Zeitstress

Mittwoch, 4. Dezember 2013



Berlin (Reuters) - Den EU-Finanzministern läuft im Streit über einen gemeinsamen Abwicklungsmechanismus für Pleitebanken die Zeit davon.

Die Bundesregierung ist skeptisch, dass bereits kommende Woche im EU-Finanzministerrat (Ecofin) eine Einigung über die zentrale Säule der Bankenunion gelingen wird. Finanzminister Wolfgang Schäuble signalisierte Kompromisswillen. Anders als bisher zieht er jetzt in Erwägung, dass die EU-Kommission die folgenschwere Entscheidung trifft, ob ein Geldinstitut geschlossen wird.

"Vielleicht braucht es noch Nachtsitzungen, aber wir wollen bis Jahresende eine Einigung haben", sagte Schäuble dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe). Nach monatelangem Streit hatten die EU-Staats- und Regierungschefs den Ministern diese Vorgabe gemacht. Ein gemeinsamer Abwicklungsmechanismus für Banken gilt aus politischen, rechtlichen und technischen Gründen als kompliziert. So müsste er begleitet werden von einem Fonds, der die Verbindlichkeiten der Bank absichert, damit es bei einer Schieflage nicht zu einem Dominoeffekt im Finanzsystem kommt.

Langfristig sollen die Banken diesen Fonds füllen. Weil es Jahre dauern wird, bis die benötigten Milliarden zusammenkommen, braucht es aber eine Zwischenlösung. Außerdem ist ungeklärt, welche Institution den Daumen über einer Bank senkt. Hier geht es auch um nationale Souveränitätsrechte.

In einem Reuters vorliegenden Schreiben aus Schäubles Ministerium an den Bundestag heißt es, die Positionen lägen vor dem Ecofin-Treffen am 10. Dezember immer noch auseinander: "Ein Ergebnis ist daher noch nicht absehbar." Damit sind weitere Treffen der Ministerriege vor Weihnachten wahrscheinlich.

WER ZIEHT EINER PLEITEBANK DEN STECKER?

Bisher hatte sich Schäuble gegen den Vorschlag der EU-Kommission gewandt, diese zum letztlichen Entscheidungsgremium zu machen. Denn die Kommission ist auch die EU-Beihilfebehörde und legt fest, ob Staatshilfe für eine Bank rechtmäßig ist. Sie müsste also im Extremfall über eigene Beschlüsse befinden.

Schäuble sagte, Deutschland sei dafür, dass ein Gremium aus nationalen Vertretern über die Abwicklung entscheiden solle. In dem Interview fügte er allerdings den Satz hinzu: "Die formale Entscheidung kann dann

eine europäische Institution treffen - zum Beispiel der Finanzministerrat oder die Kommission." Er zeigte sich gewiss: "Da werden wir eine Lösung finden."

Bereits politisch vereinbart ist, dass bei der Rettung einer Bank die Eigentümer, Gläubiger und großen Einleger vor dem Staat herangezogen werden sollen. Schäuble sprach sich dafür aus, diese Haftungskaskade vorzuziehen, damit sie bereits beim EZB-Stresstest im kommenden Jahr gilt. Aber er räumte ein: "Da sind die Meinungen in Europa unterschiedlich." Die EZB übernimmt Ende 2014 die Aufsicht über die wichtigsten Banken in der EU. Auch das ist Teil der Bankenunion, durch die die Steuerzahler künftig besser vor den Kosten von Bankpleiten abgeschirmt werden sollen.